

Bericht

des Europaausschusses

über die Drucksache

**21/5468: Hamburgs Beitrag zum „Weltaktionsprogramm Bildung für nachhaltige Entwicklung“ der UNESCO (2015 – 2019)
(Senatsmitteilung)**

Vorsitz: **Dr. Alexander Wolf**

Schriefführung: **Sören Schumacher**

I. Vorbemerkung

Die Drs. 21/5468 ist am 8. September 2016 auf Antrag der SPD-Fraktion und der GRÜNEN Fraktion durch Beschluss der Bürgerschaft an den Europaausschuss überwiesen worden. Dieser befasste sich in seiner Sitzung am 24. Januar 2017 abschließend mit der Drucksache.

II. Beratungsinhalt

Die Senatsvertreter führten die Drucksache zum fünfjährigen Weltaktionsprogramm (WAP) für „Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE)“ (2015 – 2019) aus.

Hierzu sei bereits von der UN im Jahre 2005 ein Programm für eine UN-Dekade ausgerufen worden, wobei Hamburg durchaus nicht nur in Deutschland, sondern weltweit eine Vorreiterrolle eingenommen habe. Hamburg habe bereits im Jahre 2005 die Initiative „Hamburg lernt Nachhaltigkeit (HLN)“ mit allen Behörden, die mehr oder minder mit Bildung oder aber mit Nachhaltigkeit wie die Wirtschafts- oder Gesundheitsbehörde zu tun hätten, gegründet. Der „Hamburger Aktionsplan (HHAP)“ dokumentiere die Arbeit der rund 80 Mitglieder, beispielsweise die Vernetzung der dazugehörigen Szene. Der Drucksache könne entnommen werden, was in welchen Bereichen – Kitas, Schulen – „Die Natur braucht Dich“ –, Hochschulen – der Energiecampus“ an der Hochschule für Angewandte Wissenschaften zum Beispiel –, in der beruflichen Bildung – energieeffizientes Bauen – und in der außerschulischen Bildung – „Repair-Cafés“, Energieberatung et cetera – gemacht worden sei. In dieser Dekade, die 2014 zu Ende gegangen sei, sei Hamburg viermal als Stadt der Nachhaltigkeit ausgezeichnet worden, was keiner anderen Stadt gelungen sei. Diese Auszeichnungen hätten dazu geführt, dass Hamburg als eine von vier Städten in der Welt neben Barcelona, Mexico City und Okayama in das Nachfolgeprogramm der Dekade für das Weltaktionsprogramm „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ (BNE) auf internationaler Ebene berufen worden sei.

Der Unterschied zwischen der UN-Dekade 2005 – 2014 und dem Nachfolger WAP sei, dass vorher in/mit Projekten gearbeitet worden sei und es nun um die Struktur gehe. Mithin solle das Thema BNE in die Bildungsstruktur integriert werden. Im Dezember 2016 hätten sie auf Anfrage der UNESCO mit 26 Städten Europas und

Nordamerikas einen Workshop gestaltet, wie das Thema „Bildung für Nachhaltigkeit“ in die alltägliche Arbeit der Kommunen einbezogen werden könne.

Auf regionaler Hamburger Ebene sei es ihre Aufgabe, diese Thematik verstärkt zu integrieren, wofür sie an einem Masterplan BNE arbeiteten und die bereits im Jahre 2005 gestartete Initiative „Hamburg lernt Nachhaltigkeit“ behördenübergreifend bis zum Jahre 2019 mit mehr oder minder denselben Akteuren weiterführten.

Die SPD-Abgeordneten interessierte, was bislang in diesem Bereich geschehen sei, wo Hamburg heute stehe und was Hamburg noch bevorstehe. Aktuell werde für das Weltaktionsprogramm ein Masterplan entwickelt, auch solle das Thema strukturell von der Kita über die Berufs- bis hin zu den Hochschulen in die Bildungslandschaft eingebracht werden. Sie fragten, was dies genauer bedeute und wollten wissen, wie die Kontakte zu den anderen Behörden aussähen, ob es dort Schnittstellen und Abstimmungsprozesse gebe.

Die Senatsvertreter antworteten, Masterplan sei der Arbeitstitel und eine der Aktivitäten, die gemeinsam mit Behördenvertretern, die aus der Initiative „Hamburg lernt Nachhaltigkeit“ kämen, und Akteuren der Zivilgesellschaft – NGOs und Ähnliche – unternommen werden. Auf der zweiten Jahresveranstaltung im November 2016 sei es darum gegangen, wie das WAP in Hamburg implementiert werden solle. Dazu seien Arbeitsgruppen gegründet worden, wovon sich eine Arbeitsgruppe mit der Gestaltung des Masterplans beschäftige. Hier seien 15 Akteure tätig, die sich drei- bis viermal jährlich trafen und vermutlich schon nächstes Jahr einen Masterplan vorstellen könnten. Dieser Masterplan solle mit den Aktivitäten der Stadt um die Sustainable Development Goals zusammengebracht werden. Beide Prozesse würden in der Behörde für Umwelt und Energie (BUE) gesteuert. Der Masterplan BNE werde demgemäß mit den Behörden und der Zivilgesellschaft erstellt.

Die SPD-Abgeordneten interessierte, warum die anderen Städte ausgewählt worden seien, ob diese andere Schwerpunkte gesetzt hätten und es ein Konzept gebe, dies zu einem Ganzen zusammenzusetzen. Darüber hinaus interessierte sie, ob im Kontext der Nachhaltigkeit auch über den kulturellen Bereich nachgedacht werde.

Die Senatsvertreter erklärten, die vier Städte Hamburg, Barcelona, Mexico City und Okayama seien bereits in der UN-Dekade von 2005 bis 2014 aktiv und erfolgreich gewesen. Insgesamt gebe es neben diesen vier Städten 82 Akteure – NGOs und verschiedene Verbände – weltweit, die an der Ausarbeitung und Realisierung des Weltaktionsprogramms arbeiteten.

Es sei schwierig, den Begriff Nachhaltigkeit zu definieren. Es gehe zuvörderst darum, die Welt nicht so ausbeuten zu dürfen, dass nachfolgende Generationen nicht mehr dieselben Möglichkeiten hätten, so zu leben wie die heutige Generation. Hierbei stehe das Dreigestirn Umweltaspekte – die sogenannte grüne Nachhaltigkeit; beispielsweise müsse ein gefälltter Baum durch einen neu gepflanzten ersetzt werden –, Wirtschaftsaspekte – Ressourcen dürften nicht dergestalt ausgebeutet werden, dass diese nachfolgenden Generationen nicht mehr zur Verfügung stünden – und der globale Aspekt im Vordergrund. Niemand könne nachhaltig leben, wenn nicht alle Menschen an Entwicklung, Integration und Inklusion beteiligt würden. Bei den Letztgenannten gehöre auch die Kultur dazu, weil jegliches Handeln Auswirkungen auf andere Lebensweisen und Kulturen zeitige.

Die BNE solle den Menschen dazu befähigen zu erkennen, was das individuelle Handeln bewirke, um ihn gleichzeitig zu befähigen, entsprechend anders handeln zu können – ob er dies auch umsetze, sei dessen persönliche Entscheidung. Beispielsweise gehe es darum zu erkennen beziehungsweise erkennen zu können, welches gekaufte Produkt am wenigsten negativen Einfluss auf das Leben anderer habe.

Die SPD-Abgeordneten fragten, wie dieser Bereich bei der BUE etatisiert sei und ob sich der Etat im Laufe der Zeit verändert habe. Auch wollten sie wissen, welche Verpflichtung die Stadt gegenüber Dritten durch diese Auszeichnung eingehe.

Der Wissenschaftsrat habe der Universität Hamburg, die die Nachhaltigkeit als ein zentrales Ziel ansehe, bescheinigt, der Begriff der Nachhaltigkeit sei wegen seiner

vielseitigen Ausdeutbarkeit sehr beliebig. Vor diesem Hintergrund baten sie darum, den Begriff Nachhaltigkeit zu konkretisieren.

Die Senatsvertreter sagten, sie seien in der BUE, Abteilung Naturschutz und dort im Referat Umweltbildung angesiedelt. In diesem Referat agierten zwei Personen zum Thema BNE. Dies sei das zur Verfügung stehende Personalbudget und das Budget für die Aufgabe selbst betrage 67.000 Euro im Jahr, was ausreichend sei, zumal beispielsweise die Kosten für internationale Aktivitäten – Reisen und Ähnliches – von der UNESCO getragen würden.

Vertragliche Verpflichtungen gegenüber der UNESCO gingen sie nicht ein, nur die Verpflichtung sich selbst gegenüber, das Thema voranzubringen und zu implementieren. Mithin könnten sie von heute auf morgen mit diesem Programm aufhören, auch wenn dies keinen schönen Eindruck hinterließe.

Nachhaltigkeit bedeute nicht allein Langlebigkeit, sondern nachhaltig sei ein Handeln oder ein Produkt, wenn es umweltgerecht, sozial und wirtschaftlich vertretbar und für alle nutzbringend sei. Alles andere wäre nicht nachhaltig. Zum Beispiel müsse bei Abholzung wieder aufgeforstet werden, Ressourcen der Erde dürften nicht unbegrenzt, da endlich, gefördert werden et cetera.

Die CDU-Abgeordneten schickten voraus, es sei gut zu hören, dass der Haushaltstitel von den Senatsvertretern als ausreichend empfunden werde.

Es sei deutlich geworden, welche Schwierigkeiten es bereite, den Begriff der Nachhaltigkeit hinreichend zu konkretisieren. Mit Schülerinnen und Schülern hätten die Senatsvertreter es aber mit der denkbar schärfsten Kategorie von Konsumenten an Informationen zu tun. Den Mädchen und Jungen solle erklärt werden, dass in einer Welt, die zusammengehöre und in einer Geschwindigkeit zusammenwachse, wie es in den letzten zehn, 15 Jahren nicht der Fall gewesen sei, alle näher zusammenrückten und der Friede in der Welt dadurch gewahrt würde, dass es einen sozialen Frieden gebe. Ohne sozialen Ausgleich und die Überwindung der Probleme von Volks- und Sozialgemeinschaften, die derzeit Schwierigkeiten hätten, Brücken zu bauen, weil sich einige auch abgehängt fühlten, gehe es nicht. Dies sei der Dreh- und Angelpunkt und dabei sei Bildung von erheblicher Bedeutung.

Sie rieten den Senatsvertretern abschließend, im Umgang mit Schülerinnen und Schülern den Begriff Nachhaltigkeit zu schärfen.

Die Senatsvertreter gaben zu, es sei ein Problem, die Nachhaltigkeit nicht immer trennscharf definieren zu können.

Im Gespräch mit Schülerinnen und Schülern kämen immer ganz konkrete Fragen und hierfür hätten sie zum Beispiel eine „Klimawaage“ entwickelt, auf der Produkte und Dienstleistungen im klassischen Sinne gewogen werden könnten, beispielsweise recyceltes Papier/nicht recyceltes Papier, Öko-T-Shirt/konventionell hergestelltes T-Shirt, eine Fleischplatte/eine Gemüseplatte, mit dem Fahrrad zu Schule fahren/mit dem Auto zur Schule gebracht werden et cetera. Die Produkte seien realitätsgetreu nachgebildet. Anhand dieser „Klimawaage“ werde spielerisch ermittelt, wie viel CO₂-Ausstoß das eine gegenüber dem anderen verursache. Ausgeglichen werden könne das Gewogene durch „Klimataler“. Dadurch werde für die Schülerinnen und Schüler konkret greifbar gemacht, was jede/r mit ihrem/seinem Handeln bewirke.

Die SPD-Abgeordneten betonten gegenüber den Senatsvertretern, dass der Ausschuss ein dauerhaftes Interesse an diesem Thema habe und sich nicht das erste Mal mit nachhaltiger Entwicklung und Nachhaltigkeitspolitik beschäftige. Deshalb nähmen sie diese Drucksache als Anlass hierüber im Ausschuss zu diskutieren. Den Erläuterungen könne entnommen werden, dass es sich bei der BNE um eine Schnittstellenarbeit handle – wofür zwei Personen verantwortlich zeichneten – und hier nicht die Umsetzung, sondern die interdisziplinäre Koordinierung geschehe, die Bildungsarbeit selbst übernahmen Lehrerinnen und Lehrer und Ähnliche. Sie begrüßten sehr, dass die BNE nicht nur eine Aufgabe der BUE, sondern der gesamten Stadt sei und bedankten sich zudem für die anschauliche Schilderung, wie solche Bildungsinhalte vermittelt würden, denn eine Vernetzung ohne konkrete Umsetzung habe schon manches Projekt scheitern lassen.

Die Senatsvertreter erklärten, den Europaausschuss mit in den Verteiler für die nächste Jahresveranstaltung aufnehmen und einladen zu wollen, auch weil Punkt 1. des Weltaktionsprogramms sei, die Politik mehr einzubinden. Deshalb hätten sie sich auch sehr gefreut, hierher eingeladen worden zu sein.

Der Vorsitzende bedankte sich für die Erläuterungen im Namen des Ausschusses.

III. Ausschussempfehlung

Der Europaausschuss empfiehlt der Bürgerschaft, von der Drs. 21/5468 Kenntnis zu nehmen.

Sören Schumacher, Berichterstattung